

# Solidarität

## unsere Chance

Nummer 154

Oktober 2021

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) Web: [www.prosv.at](http://www.prosv.at) \* [www.prodemokratie.com](http://www.prodemokratie.com)

## INHALT

### Kindergartendemos

Widerstand lohnt sich

### KV-Verhandlungen

4,5% sind absolut zu wenig!

### Krankenkassen

Beitragssenkung heißt Sozialraub

### Steuerreform

Belastungspaket statt ökosozialer Reform



### Kanzlerwechsel

Stabilität fürs Kapital

### Covid-Pandemie

Der 3. Schuss

### MAN-Steyr

Ende gut, alles gut?

## Korruption, Regierungsumbildung, Steuerreform:



## Lauter falsche Fuffziger

Als „falsche Fuffziger“ bezeichnet der Volksmund Menschen, die unaufrichtig sind, ein falsches Spiel treiben.

Die groß angelegte Inseratenwerbung des Finanzministeriums in den Medien für die Steuerreform als „größte Entlastung in der 2. Republik“ (siehe Bild), just mitten in der größten Korruptionskrise der 2. Republik rund um Kurz und seine türkise „Familie, ist so ein falsches Spiel.

Obwohl noch gar nicht im Parlament beschlossen, wurde schon mit Hunderttausenden Euro Steuergeld für die „Entlastung“ geworben.

Das Paket der 50-Euro-Scheine entpuppt sich als lauter falsche Fuffziger, denn was auf der einen Seite der breiten Masse der Bevölkerung gegeben wird, wird ihr auf der anderen Seite mehrfach wieder genommen.

Trotz Korruptionsvorwürfen an die ÖVP, Regierungskrise, Kanzler-Rücktritt, sollte die Steuerreform um jeden Preis beschlossen werden, denn von ihr profitieren die Unternehmer am meisten. „Stabilität“ und „Verlässlichkeit“ – die häufigsten Worte der letzten Wochen – sei oberstes Gebot, sprachen Bundespräsident, Vizekanzler und Neo-Kanzler Schallenberg und alle „Leitmedien“ im vielfältigen Gleichklang. Korruption hin, Regierungskrise her – Stabilität und Verlässlichkeit fürs Kapital ist das höchste Gut. Dem hat sich die Bevölkerung in Demut zu ergeben, so die Vorgabe der Wirtschaft an Politik und Medien.

*Mehr dazu auf den folgenden Seiten ...*

# Ökosoziale Steuerreform?

## Steuerreform – sozial?

Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer – heute gibt es rund 1,6 Millionen armutsgefährdeter Menschen in Österreich – trotz aller Beteuerungen der Regierung, alles für die „kleinen Leute“ zu machen. Für die steigenden Energiepreise und damit Heizkosten, die steigende Inflation in allen Bereichen, besonders bei Wohnen und Mieten, gibt es keinen Ausgleich. Zudem zahlen die Haushalte schon seit vielen Jahren rund 10% ihrer Stromrechnung für verschiedenen Öko- und Biomasseabgaben zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

Auch die von der SPÖ geforderte „Teuerungsbremse“, z.B. eine Senkung der Mehrwertsteuer bei den Heizkosten, greift nicht die Preistreiberei der Konzerne an, sondern senkt auf Kosten der Allgemeinheit die Staatseinnahmen, die dann z.B. für Soziales, Gesundheit, Pflege, Bildung usw. fehlen.

Geht es nach der NEOS-Strabag-Haselsteiner-Partie, müssten die Unternehmer noch mehr profitieren durch eine noch stärkere Senkung der Lohnnebenkosten (das heißt niedrigere Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung usw.). Die FPÖ wiederum, die ja den Klimawandel leugnet, will den Leuten daher nicht einmal den Ökobonus geben, Kritik am Füllhorn, das über den Konzernen ausgeschüttet wird, kommt natürlich auch von den Blauen nicht.

Zudem bezahlen sich die arbeitenden Menschen – oder wie Kurz gerne sagt, „alle die früh aufstehen und arbeiten gehen“ (oder gegangen sind bevor sie arbeitslos gemacht wurden, weil die Unternehmer sie nicht mehr brauchen und durch billigere – meist Teilzeitkräfte – ersetzen) diese „historische Steuerreform“ wieder selbst: Durch die kalte Progression – also Nichtabgeltung der Inflation – der vergangenen Jahre (2016 bis 2021) gingen den Arbeiter\*innen und Angestellten laut AK und ÖGB ca. 3,2 Milliarden Euro verloren.

Bleiben von der „Steuerreform“ für

die unselbständig Arbeitenden netto gerade einmal 400 Millionen Euro.

Die AK hat berechnet, dass die gesamte Steuerreform und die Begleitmaßnahmen wie Familienbonus nicht alle positiv treffen, wirklich profitieren davon würden erst Einkommen ab 6.000 Euro brutto im Monat – wahrlich sehr „sozial“.

- Darüber hinaus steigert die Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten wie z.B. die Verringerung der Krankenkassenbeiträge für niedriger Einkommen vor allem die Profite der Unternehmen, weil sie sich so Lohn- und Gehaltserhöhungen ersparen. Was der/die Einzelne vielleicht am Anfang mehr im Börsel hat, wird ihm hinten herum über höhere Selbstbehalte oder private Wahlärzte, weil zu wenig Kassenärzte da sind, wieder aus den Taschen gezogen.

## **Füllhorn für Industrie, Konzerne, Landwirtschaft oder Immobilienbesitzer – sie bekommen durch diese „ökosoziale Steuerreform“ Milliarden.**

Schaut man sich die neuen, zusätzlichen Entlastungen für Bauern, Großgrundbesitzer, Waldbesitzer, Industrie, Konzerne und Immobilienbesitzer an, dann versteht man, dass sich Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer sowie Industriellenvereinigung „äußerst zufrieden“ mit der „öko-sozialen Steuerreform“ zeigen und Korruptionsvorwürfe hin, Regierungskrise her, Kurz, Kogler, Blümel bzw. jetzt die „neue“ Regierung Schallenberg loben. So gibt es

- 650 Millionen Euro für den Ausstieg aus Gas- und Ölheizungen (2021 und 2022); 92 Millionen Euro für Photovoltaik-Förderung (2021) oder 116 Millionen Euro Förderung emissionsfreier Autos und Ladestationen (2021). Davon profitieren vor allem Haus- und Immobilienbesitzer
- 350 Millionen Euro an die Waldbesitzer im Rahmen eines

vierjährigen Waldfonds für Holz als Baustoff

- 689 Millionen Euro für die Landwirtschaft flossen schon, uzw. davon 246 Millionen als 14%-Prämie für „ökologische Investitionen“ für land- und forstwirtschaftliche Betriebe und Lebensmittelerzeuger und 443 Millionen als normale 7%-Investitionsprämie für bäuerliche Betriebe, bei der auch neue Dieseltraktoren gefördert werden. Zudem wurde auch der begünstigte Agrardiesel wieder eingeführt.
- 1.500 Mio. Euro jährlich für Unternehmen, v.a. die Großindustrie. 800 Mio. Euro allein durch die Senkung der Körperschaftssteuer (KöSt). Dabei haben österr. Kapitalgesellschaften 97 Mrd. Euro bar und in Einlagen. Die KöSt-Senkung ist für mehr Investitionen nicht erforderlich, sondern Extraprofit!
- 650 Millionen Euro kommen hinzu u.a. durch: Erhöhung des Gewinnfreibetrages (100 Mio. Euro), einen Investitionsfreibetrag inkl. Ökologisierungskomponente (350 Mio. Euro), Erhöhung der Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 800 auf 1.000 Euro (150 Mio. Euro) oder für Streichung der Eigenstromsteuer (50 Mio. Euro).
- 850 Millionen Euro jährlich (!) macht die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge im Jahr aus, die der ÖGK entgehen.

*(Quellen: ÖGB, AK, WKO, BMF, ÖGK, GPA, Wiener Zeitung 6. Okt. 2021, Kurier, 17. Okt. 2021)*

Im Zuge der Covid-Sonderförderungen schüttet der Bund im Rahmen der Investitionsprämie an Betriebe in ganz Österreich mehr als 5 Milliarden Euro aus.

Schon jetzt, vor den neuerlichen Geschenken des Staates an die Unternehmer im Zuge der „ökosozialen Steuerreform“, ist es so, dass normale Bruttoeinkommen um fast ein Drittel höher besteuert sind als Vermögenserträge. Ebenso sind

Dividenden geringer als mittlere Bruttoeinkommen besteuert. Im OECD-Schnitt machen die Vermögenssteuern am Steuerkuchen rund 30% aus, in Österreich nicht einmal 15%! Erbschaftssteuer gibt es bei uns überhaupt keine mehr.

### Leistungslos steuerfrei erben

In den nächsten 30 Jahren werden unter diesen Voraussetzungen geschätzte 600 Milliarden Euro leistungsloses Einkommen komplett steuerfrei vererbt, so eine Analyse des „Momentum Instituts“, das befürchtet: Wird auf dieses Potenzial, das bei den Reichen angehäuft wurde, nicht zugegriffen, wird „die Lücke im Staatshaushalt nur durch niedrigere Sozialleistungen und geringere Klimainvestitionen finanziert werden.“ (Wiener Zeitung, 25./26. Sept. 2021).

### Wer trägt die Krise?

Änderung in Mrd. Euro, Vergleich  
04 / 2020 bis 03 / 2021 zu 04 / 2020

bis 03 / 2021



Quelle: Statistik Austria, aus: ÖGB,

Analyse Ökosoziale Steuerreform

### Steuerreform – ökologisch? „CO2-Steuer“ und „Ökobonus“

Diese sind angeblich der so gewaltige und laut Vizekanzler Kogler „historische Einstieg“ in den Klimaschutz. Doch wie oben dargelegt, handelt es sich bei dieser Steuerreform, wenn man alles zusammenfasst, vor allem um eine enorme Belastung der Bevölkerung im

grünen Mäntelchen. Denn von den Öko-Maßnahmen sind besonders Teile der Bevölkerung benachteiligt, die eher nicht ÖVP wählen wie Städter und Menschen mit wenig Einkommen oder Arbeitslose. Der „CO2-Ökobonus“, der zuerst über die CO2-Steuer einkassiert und dann ungerecht verteilt zurückfließt (zwischen 100 Euro in Wien und 200 Euro am Land), macht 2022/23 bloß rund 500 Millionen Euro aus. Also weder der große Öko-Wurf, noch sozial.

Wo bleibt da der angebliche Klimaschutz-Lenkungseffekt, wenn, wie Kurz zur „größten Steuerreform aller Zeiten“ sagte, dass alles was über die CO2-Steuer hereinkommt angeblich wieder an die Bevölkerung zurückfließt. SUV-Fahrer im Speckgürtel der Städte bekommen mehr „Ökobonus“ als jene die gar kein Auto haben und/oder in der Stadt wohnen und somit schon längst klimafreundlicher sind.

Zudem haben die Menschen in der Stadt schon immer einen Klimaschutzbeitrag geleistet, weil sie schon seit Jahrzehnten über eigene Abgaben, Fahrtkosten und aus ihren Steuerzahlungen den umweltschonenden U-Bahn- und Öffi-Ausbau bezahlten und bezahlen – auch für Bahn und Bus am Land.

Besonders in ländlichen Gebieten bekam aus „Spargründen“ der

öffentliche Verkehr seit 30 Jahren zu wenig Geld und wurde ausgedünnt, sowohl was Linien, Linienführung und vor allem Intervalle betrifft. Das eingesparte Geld floss in die Landes- und Bundesbudgets, wo dann seit Jahrzehnten hin zu den Unternehmern, den Konzernen und der Agrarlobby unverteilt wurde.

Genauso verhält es sich mit dem schon bestehenden CO2-Zertifikatehandel der Industrie. „Österreich (hat) im vergangenen Jahr (2019) 185 Millionen Euro durch die Versteigerung von CO2-Zertifikaten eingenommen. Der Preis pro Tonne lag durchschnittlich bei 25 Euro. 2017 und 2018 waren es „deutlich über 100 Millionen Euro“, in den Jahren 2013 bis 2016 im Bereich von 50 bis 80 Millionen Euro. Das Geld fließt laut Ministerium in das allgemeine Bundesbudget.“ (Wiener Zeitung, 20.7.2020, bzw. 30.9.2021)

### Klimaticket – Ticket fürs Klima?

Auch das kurz zuvor verkündete „1-2-3-Klimaticket“ wurde als der große Beitrag zum Klimaschutz beworben.

Nun, in Wien gibt es schon seit Jahren das 365-Euro-Jahresticket, für Pensionist\*innen um 235 Euro. Also für rund 20% der Bevölkerung ändert sich da nichts. Und das als Durchbruch bezeichnete „Österreich-Ticket“ um 1.095 Euro? Das soll sich erst einmal wer leisten können, der im Schnitt zwischen 1.000 und 1.500 Euro im Monat netto hat – und das ist die große Masse der Bevölkerung. Entlastung gibt es zum Teil für die Pendler\*innen – ob die deshalb auf Bahn und Bus umsteigen, wo doch das Angebot besonders im ländlichen Raum total ausgedünnt ist und in den Städten zunehmend Bahn- und U-Bahn überfüllt sind und S-Bahnzüge oft ausfallen, muss sich erst zeigen.

**Was fehlt ist ein massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs** vor allem am Land. Doch will das die Regierung überhaupt, ist sie doch den Autokonzernen verpflichtet, siehe MAN-Steyr, siehe BMW usw.

**Jahrzehntelang wurde die Bahn ausgedünnt**, jetzt rühmt man sich wegen der 17 Milliarden Euro für den Ausbau bis 2030. Das war längst fällig. Und die Verlagerung des

Transports der Güter und Waren vom LKW auf die Bahn – das hören wir seit 40 Jahren – findet nicht statt, im Gegenteil. Die Frächter haben seit den EU-Beitritt 1995 Milliarden an Steuern und Abgaben für die Straße reduziert bekommen.

**Kostenwahrheit zwischen Bahn und LKW gibt es nicht.** Bahnanschlüsse an Firmen wurden und werden gekappt statt ausgebaut. In den letzten zehn Jahren ist der Marktanteil der Schiene am Güterverkehr von 33% auf 28% zurück gegangen. Dabei ist die Bahn 40-mal klimafreundlicher als der LKW: Ein Güterzug ersetzt ca. 40 LKW!

Aber die EU und Österreichs Regierende in Stadt und Land haben anderes vor: Straßenausbau für den Frächterverkehr im sogenannten Transeuropäischen Netz (TEN), das gleichzeitig als Militärinfrastruktur geplant ist und wird. Dazu zählt auch der Lobau-Tunnel in Wien mit Anbindung an das OMV-Tanklager – wie praktisch für Militärnachschub im Fall des Kriegsfall. Daher ist der Protest dagegen nicht nur umwelt- und klimaschonend, sondern auch für Frieden und die Neutralität Österreichs wichtig. Wie wichtig zeigt sich immer wieder, weil z.B. EU- und NATO-Staaten auf Österreichs Straßen ihre Militäraufmarschpläne proben – zuletzt im Rahmen des riesigen Militärmanövers in Osten Europas im Mai/Juni 2021 – wir berichteten und beteiligten uns am Protest dagegen.

## **Wirklich ökosoziale Steuerung schaut ganz anders aus**

Was jetzt als „öko-soziale Steuerreform“ vorliegt und uns als Ausweg aus der Klimakatastrophe verkauft werden soll, ist ein „**Kapitalismus mit Grünanstrich**“, denn in Wirklichkeit wird weiterhin umweltschädlich gewirtschaftet. Beispiele sind: Umstellung auf E-Autos, auf E-Räder, auf E-Bikes, auf noch stromintensivere Digitalisierung, Nutzung der energiefressenden „Blockchain“-Technologie, 5G-Technologie (z.B. für „selbstfahrende“ Kfz, „smarte“

selbstkommunizierende Wohnungen, Stromzähler usw.)

Nicht vergessen soll dabei werden, dass viele dieser als so neu beworbenen „smarten“ Technologien auch ein riesiges Überwachungsmonopol für Konzerne und Regierungen bedeuten.

Da das alles noch viel stromfressender und ressourcenraubender ist (Stichwort: seltene Erden) wird deshalb wieder einmal die Atomenergie und die Gentechnik aus dem Giftschrank der Konzernpropaganda geholt, diesmal als „Klimarettung“ getarnt; oder gegen China mit Kriegsausrüstung vorgegangen, weil es wichtige seltene Erden besitzt.



aus: Wiener Zeitung, 12.10.2021, W. Ammer

### **Ergebnis:**

Alles ein neues super Geschäft mit viel Profitmöglichkeiten für findige „Start-Up“-Kapitalisten, reiche Länder und reiche Investoren. Smart, klug? Ja, klug in den Augen einiger weniger Menschen, katastrophal für die große Masse der Bevölkerung und unsere Umwelt.

### **Eines vor allem soll nicht angetastet werden:**

Das ist die ressourcenfressende, Energie raubende, Menschen vernichtende, Produkte verschleudernde kapitalistische Profitwirtschaft, die

zum Erhalt ihrer Profite Wegwerfproduktion und Wegwerfkonsum zur Voraussetzung hat.

Will man wirklich etwas ändern, wirklich etwas gegen Klimawandel für Menschenschutz und gegen Umweltvernichtung wirksam tun, muss genau hier angesetzt werden! Ohne Abschaffung der Profitwirtschaft und Umstellung auf eine Solidarwirtschaft wird es keinen Fortschritt für die Menschen geben.

Das heißt z.B. mehr E-Bahn statt E-Autos, mehr öffentlicher Verkehr, mehr lokale statt globale Produktion, Lebensqualität und Mobilität für die Menschen statt Mobilität für die Konzerne, langlebige Produkte statt Wegwerferzeugnisse, anders bauen und wohnen, neue Raumordnung für Mensch und Umwelt statt für Bodenspekulation mit verheerender Bodenversiegelung als Folge.

### **Es bedeutet auch**

- weniger statt mehr arbeiten (Arbeitszeitverkürzung), weil langlebige Produkte nicht so viel Arbeit benötigen
- mehr Freiheit für die Menschen, weniger Freiheit für die Konzerne
- Besteuerung der Wertschöpfung der Konzerne und des Vermögens der Reichen, das sie sich nicht durch eigene Arbeit, sondern durch unsere unterbezahlte Arbeit angehäuft haben statt Besteuerung der Arbeit

**Mit diesem Geld können Klimawandel bekämpft, Umwelt geschützt, die Sozialsysteme abgesichert werden. Das schwächt zwar das Profitmachen einiger Weniger, erhöht aber Lebens- und Umweltqualität der Masse der Menschen.**

# Stabilität und Verlässlichkeit – fürs Kapital

Seit Monaten schon gibt es die Korruptionsvorwürfe gegen die frühere türkis-blaue ÖVP-FPÖ-Regierung – Stichwort Ibiza-Video – sowie immer mehr auch gegen die „türkise Familie“ selbst.

Zuletzt wurde immer klarer, dass das, was FPÖ-Strache auf Ibiza im Juli 2017 geträumt hatte und selbst auch zum Teil 2018 umsetzte (siehe u.a. die Bestellung des FPÖ-Mannes Sidlo in die Casinos Austria), ÖVP-Chef Kurz schon längst (laut Chats ca. ab 2016) im Programm hatte, um im Oktober 2017 Kanzler zu werden:

- Millionenschwere Parteispenden von der Industrie einsammeln, die dann davon profitierte, z.B.
  - Durch 12-Stunden-Tag / 60-Stunden-Woche
  - Senkung des AUVA-Beitrages der Unternehmer, was den Großspendern über die Jahre ein Mehrfaches ihrer Spenden einbringt
  - Umbau und Umfärbung der Sozialversicherung, sodass die Unternehmer Art und Zweck der Verwendung Versicherungsgelder der Arbeiter und Angestellten diktieren können
- Umfragemanipulationen und Meinungskauf via Inseratenvergabe an Medien, Zeitungen wie z.B. die Kronen-Zeitung über den befreundeten Immobilienhai Benko unter Kontrolle zu bringen
- Kesseltreiben gegen und Betreibung der Absetzung unliebsamer Chefredakteure, wenn sie gegen Kurz schrieben: so z.B. bei Helmut Brandstätter vom „Kurier“ über dessen Eigentümer, den ÖVP-dominierten Agrar- und Bankkonzern Raiffeisen, wo viele ihre ÖVP-Politgrößen bestens versorgt sind (wie z.B. Ex-Finanzminister Josef Pröll)
- versuchte parteipolitische Lenkung der Justiz, siehe z.B. der Fall Pılınacek usw.

- über Postenbesetzungen Staats- und Wirtschaftseinfluss auszubauen und abzusichern (Stichworte: Casinos Austria, ÖBAG – siehe Schmid-Chats)

bevorstehende Hausdurchsuchungen. Eine öffentliche Warnung allfälliger Betroffene?

Von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA)



### Erkaufte Kanzlerschaft?



*Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts.*

Seit 2017 beschreitet die türkis-blaue Regierung einen rechten, autoritären Kurs unter Kanzler Kurz und Innenminister Kickl. Dieser Weg wurde auch mit den Grünen ab 2020 unter Kurz und Nehammer fortgesetzt. Durch die Schmid-Chats sind zuletzt auch immer mehr die ÖVP-internen Machenschaften und der Polit- und Machtfilz zwischen Politik, Wirtschaft und Medien sichtbar geworden. Eine Woche vor der tatsächlichen Durchführung spekulierte die ÖVP in einer Pressekonferenz über

werden mittlerweile nicht nur Finanzminister Blümel und Personen im engsten Umkreis von Kurz, sondern zuletzt auch ÖVP-Chef und Bundeskanzler Kurz selbst als Beschuldigter geführt, mit u.a. den Vorwürfen der falschen Zeugenaussage oder der Bestechlichkeit. In der „Inseratenaffäre“ kam es bereits zu einer. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

### Inzwischen: Kurz zurückgetreten, Alexander Schallenberg neuer Bundeskanzler.

Wie bekannt wurde, verpflichteten sich per Unterschrift alle ÖVP-Minister abzutreten, wenn Kurz geht. Das Gegenteil war der Fall. Als neuer ÖVP-Kanzler wurde auf Vorschlag von Kurz sein jahrelanger Vertrauter, Außenminister Alexander Schallenberg, ernannt. Er gelobte, „die Bundesverfassung und alle Gesetze der Republik Österreich getreulich zu beobachten und die mit dem Amte verbundenen Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen“. Gleich danach sagte er im Parlament: Er werde „sehr eng“ mit ÖVP-Chef Kurz, gleichzeitig auch neuer ÖVP-Klubobmann, zusammenarbeiten, weil „alles andere absurd (wäre).“

Obendrein sagte Schallenberg, dass er die Vorwürfe der WKStA „für falsch“ halte – also voll auf Kurzkurs.

Das heißt, die Politik des Systems Kurz der ÖVP mit ihrem autoritären Kurs zugunsten der Wirtschaft soll weitergehen. Ebenso soll die Politik der militärischen EU-Integration und teilweisen NATO-Einbindung Österreichs entgegen seiner Neutralität forciert werden – wie schon die Aktivitäten von Außenminister und jetzigem Bundeskanzler Schallenberg zeigen.

### **Steuerreform zur Profitabsicherung das Wichtigste**

Bundespräsident Van der Bellen sprach davon, dass es zwar eine Regierungskrise, aber keine Staatskrise gäbe, und dass es jetzt wichtig sei, „Stabilität und Verlässlichkeit“ zu gewährleisten. Auch Vizekanzler Kogler von den Grünen, der zurecht Kurz die Handlungs- und Amtsfähigkeit absprach, redete von „Stabilität und Verlässlichkeit“. Was

er damit meinte zeigte sich, als er vor dem zunächst noch für Dienstag 12. Oktober geplanten Misstrauensantrag gegen Kurz/ÖVP, für Dienstagvormittag einen Sonderministerrat abhalten wollte. Dabei sollte – Kurz-Skandal hin oder her – auf jeden Fall die Belastungs-Steuerreform mit der ÖVP beschlossen werden. Dass das zu geschehen habe, hat auch der Bundespräsident extra hervorgehoben, ebenso auch am Tag nach der Angelobung von Kanzler Schallenberg hochrangige Vertreter aus Wirtschaft und Industrie. **Darum geht es: Alles für die Unternehmer, ein paar Brösel für die Arbeitenden.**

Auch bei den gleichzeitig laufenden Kollektivvertragsverhandlungen der Metaller verhöhnen die Unternehmer die Gewerkschaftsseite, die sowieso nur 4,5% Erhöhung verlangte, mit einem „Angebot von 2,2%. Eine Frechheit, bei den künftigen Belastungen aus der Steuerreform und den Preissteigerungen.

„Wir sind sehr zufrieden“, sagt auch WKO-Chef Harald Mahrer zur Steuerreform. Klar, bringt sie doch

„Stabilität und Verlässlichkeit“ für die Profitabsicherung von Wirtschaft und Industrie, Großbauern und Konzerne. Das heißt Stabilität für:

- weitere Ausbeutung und Reichen-förderung
- weitere Umverteilung nach oben
- weitere Verarmung der Bevölkerung
- weitere Korruption wie das Amen im Gebet
- weitere Aushöhlung der Neutralität durch noch mehr Aufrüstung und Teilnahme an Militärationen der EU und auch der NATO

Genau deshalb durfte Finanzminister Blümel trotz Korruptionsvorwürfen anders als Kurz bleiben, um das Budget für die Reichen und Konzerne durchzusetzen. Andere Mehrheitsverhältnisse im Parlament, eine andere Regierung oder Neuwahlen hätten das Projekt „Profitsicherung“ gestört. Die Bevölkerung soll kuschen und arbeiten, Stabilität fürs Kapital geht vor!

\*

---

## **Senkung der Krankenkassenbeiträge – mehr zum Leben?**

# **Sozialraub und Umverteilung nach oben!**

**„Auch diejenigen Menschen, die so wenig verdienen, dass sie keine Steuern zahlen, werden mehr zum Leben haben“,** erklärte Finanzminister Blümel. Wirklich?

Durch die Senkung der Beiträge zur Krankenversicherung (KV) sollen niedrige Einkommen und Pensionen ab 2022 entlastet werden. Insgesamt betrifft das rund 2,3 Millionen Arbeitnehmer\*innen und 1,6 Millionen Pensionist\*innen, weil sie so wenig Einkommen beziehen, dass sie von der Steuerreform nichts haben.

**850 Millionen Euro jährlich (!) macht die Senkung der KV-Beiträge aus, die der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) so an von Arbeiter\*innen und Angestellten erarbeiteten Sozialversicherungsbeiträgen entgehen, also geraubt werden.**

Die Senkung der KV-Beiträge ist eine viele Millionen Euro schwere Umverteilung von Arbeitergeldern an die Unternehmer (Senkung der sogenannten „Lohnnebenkosten“), die sich so ihren Pflichtanteil an die Krankenversicherung in Millionenhöhe jährlich ersparen. Die ÖVP mit ihrem Finanzminister – Chats hin, Korruptionsvorwürfe her – spielt sich als „Big Spender“ („Mehr netto im Börsel“) bei der Bevölkerung auf, schiebt aber in Wirklichkeit den Unternehmern so die Millionen hin.

Die Unternehmer wiederum werden in der Folge von sich aus Lohn erhöhungen niedriger halten wollen, weil die Beschäftigten ja eh durch die Kassenbeitrags-Kürzungen mehr im Börsel haben. Die Unternehmer profitieren so doppelt vom Finanzminister.

Die ÖVP wünscht sich weitere Lohnnebenkosten-Senkungen für die Wirtschaft, so z.B. der ÖVP-Arbeitnehmerbund ÖAAB, der noch niedrigere Unternehmerbeiträge zur Unfallversicherung (AUVA) verlangt. In der AUVA haben die ÖVP-Unternehmervertreter schon immer die Mehrheit, in der ÖGK seit der türkisblauen „Reform“, sprich Umfärbung und Machtergreifung in der Sozialversicherung.

Bezeichnend in diesem Zusammenhang der ist auch, dass der scheidende Vorsitzende der „Pensionssicherungskommission“, Walter Pöltner, in einem Interview sagt, dass die **„Sozialversicherung starke Leistungskürzungen schon längst beschlossen hat“** (ORF, Ö1-Mittagsjournal, 19. Okt. 2021).

*Fortsetzung nächste Seite*

Wenn Finanzminister Blümel der ÖGK verspricht, den Millionen-Einnahmeausfall aus dem Budget zu ersetzen, ist das ein Taschenspielertrick. Was „er“ aus dem Budget allenfalls ersetzt, haben die Krankenversicherten auch zuvor schon über ihre Steuern bezahlt.

80% der Steuereinnahmen stammen von den Arbeiter\*innen, Angestellten und Pensionist\*innen – auch von Beziehern niedriger Einkommen, die keine Lohnsteuer zahlen, weil sie über Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Gebühren und Abgaben enorm zum Budget beitragen.

Schon 2022 werden die Steuereinnahmen wachsen. Der größte Teil

der Mehreinnahmen kommt aus der von der Masse der Bevölkerung bezahlten Mehrwertsteuer (33,2 Mrd., + 4,6 Mrd. Euro) und Lohnsteuer (31,4 Mrd., + 3,1 Mrd. Euro).

Was Blümel in die eine Tasche steckt, nimmt er uns arbeitenden Menschen aus der anderen Tasche wieder heraus – und fertig ist das Zauberstück der Geldvermehrung bei den Unternehmern.

Aber nicht genug damit: Auch die Gewinne der Unternehmer, die ja die Beschäftigten und nicht die paar Bosse erwirtschaften, werden ab 2023 noch weniger besteuert (Gewinnsteuer = Körperschaftsteuer, KöSt). Zu Beginn der KöSt-

Einführung betrug der Steuersatz 34%, ab 2024 nur mehr 23%.

**Diese direkte (z.B. KöSt-Senkung) und verschleierte (z.B. Senkung von Krankenkassen-Beiträgen) Umverteilung zu den Unternehmern und Reichen führt zur weiteren Aushöhlung des Sozialstaates, zu noch mehr, Selbstbehalten, Armutsgefährdung und Armut!**



www.prosv.at

## KV-Lohnverhandlungen

### Metallbranche

Voriges Jahr wurde sozialpartnerschaftlich ganz schnell von oben herab, ohne die Mitglieder oder Belegschaften zu fragen, von Gewerkschaft PRO-GE und GPA mit der Unternehmerseite eine lächerliche Lohnerhöhung von 1,45% gegen die Interessen der Arbeitenden beschlossen. Als Grund wurde die Corona-Pandemie genannt.



Heuer hat die Gewerkschaftsspitze 4,5% Erhöhung verlangt. Doch die reale Teuerung ist viel höher, liegt bei 6% - 8%. Die Metallindustrie hat volle Auftragsbücher und die Gewinne fließen.

Die Unternehmerseite verhöhnt die Arbeiter und Angestellten mit einem „Angebot“ von 1,9 bis 2,2%, verlangt zudem eine Arbeitszeitverlängerung, nämlich die 60-Stunden-Woche zur Regel zu machen.

Die Industrie begründet ihr Hohnangebot damit, dass Corona noch nicht vorbei sei.

*„Während der Arbeit gibt's kein Corona, aber beim Zahlen dann heißt's Corona?“*

*(Teilnehmer einer Betriebsrätekonferenz)\**

Auch heucheln die Industrieverhandler, dass es Betriebe gibt, denen es schlecht geht, man auf diese Rücksicht nehmen müsse. Doch die Arbeitenden bringen da wie dort ihre Leistung. Wenn die großen Metallkonzerne wirklich den kleinen Firmen helfen wollen, dann sollen sie einen Ausgleichsfonds der Unternehmer einrichten, nicht die Beschäftigten beim Gehalt drücken.

*„6%. Das wär' für mich das Unterste. Wenn ich heute von der Mannschaft den Streikbereitschaft bekomme, ... dann gehe ich von meinen Prozenten nicht mehr runter. Dann brauche ich nicht mehr sagen, ich lass jetzt nach.“*

*(Ein anderer Teilnehmer in Richtung Gewerkschaftsspitze im Blick auf die nächste Verhandlungsrunde)\**

**4,5% sind absolut zu wenig! Handeln statt verhandeln, durch Protest und Streik – im Betrieb und auf der Straße. Gemeinsam, z.B. mit den Handelsangestellten!**

\* zit. aus Ö1-Mittagsjournal, 19.10.2021

### Handel

Auch im Handel hat sich im Vorjahr die GPA-Spitze anlässlich von Corona ganz schnell mit der Unternehmerseite auf nur 1,5% plus geeinigt. Keine Abgeltung für Corona. Schmecks. Die Handelsriesen hingegen zählen zu den großen Corona-Gewinnern.

430.000 Handelsangestellte gibt es, so viele wie in keiner anderen Branche. Der Großteil sind Frauen. Jede fünfte Frau arbeitet im Handel. Im Lebensmittelhandel macht der Frauenanteil fast 80% aus!

Das Mindestgehalt im Handels-KV für Vollzeitbeschäftigte beträgt 1.740 Euro brutto! Vieles liegt im Argen. Arbeiten auf Abruf, Nacharbeit ohne Nachtzuschlag. Im Handel sind die meisten Menschen nur in Teilzeit beschäftigt. Das Gehalt ist bestenfalls ein Zubrot, jedenfalls zu wenig zum Leben.



**Auch hier gilt: Handeln statt verhandeln!**

# Die x-te Welle – Impfturbo. Der dritte Schuss!

**Die Erkrankung an Covid-19 ist für viele Menschen eine schwere Erkrankung, die auch fatal, also tödlich enden kann. Alle Maßnahmen, die zur Eindämmung der Rasanzen dieser Pandemie dienen können sind geboten.**

Dazu gehören das Tragen von FFP2-Masken, Hygienemaßnahmen wie Händewaschen, das Meiden von Massenveranstaltungen, Mobilitätsbeschränkungen, das Testen und Nachverfolgen von Ausbruchsherden und auch das freiwillige Impfen mit den derzeit noch im stark verkürzten Teststadium befindlichen und deshalb auch nur bedingt zugelassenen Impfstoffen. Gerade wegen der Ernsthaftigkeit dieser Seuche wäre auch eine ernsthafte und breite Auseinandersetzung damit höchst dringlich erforderlich und hätte schon längst die **mit allen Mitteln der Werbeindustrie geführte Propaganda** ablösen müssen.

In zeitlicher Abfolge kam: Corona ist auch nur eine Grippe, Masken sind sinnlos, dann doch Masken, dann FFP2-Masken, Lockdown mit Sperre von Parks und Polizeiaktionen mit Massenanzeigen, dann Impfen, wegen Impfstoffmangel nur die Alten, dann alle mit verlängerten Intervallen, Staaten-Gerangel um Impfstoffe (Kurz kauft ein), Testen, Frei-Testen, Experten aus allen Richtungen, Landeshauptlinge und -Innen, Seilbahnbesitzer, Ischgl, Licht am Ende des Tunnels, Wien-Bashing, normaler Sommer- und Winterfremdenverkehr, 3G,2G,1G-Regelung usw.“

Dieses peinliche und einer Demokratie unwürdige Schauspiel wird weiter fortgesetzt und konsequent durchgehalten. Scheinheilig wundern sich die Politiker wieder landauf landab, (etwas weniger vielleicht in Wien), dass die Pandemie den Vorhersagen und Berechnungen folgt und wie das die Eigenheit dieser ansteckenden Erkrankung mit sich bringt, wellenförmig zum vierten Mal ansetzt und seine Opfer fordert. Um die totale Untätigkeit über den nunmehr zweiten Sommer, das Chaos und die

multinationalen Eskapaden bei der Impfstoffbeschaffung und auch die Impfung, das mangelnde Verfolgen der Infektionsausbreitung (Contact Tracing) und das vollkommen fehlende Management der Reiserückkehrer zu kaschieren, versucht man nun den Menschen, die aus welchen Gründen auch immer nicht geimpft sind die Schuld an dieser Infektionswelle zu geben.

## **Indirekter Zwang zur Impfung**

Man tut so als ob eine immer höher geschraubte Durchimpfungsrate (70, 80, 90%) die Pandemie beenden würde und versucht mit Drohungen und mit schon aus dem Vorjahr bekannten Schreckensbildern aus Intensivstationen diese willkürlich festgesetzten Impfquoten zu erzwingen. Zu einer Pflichtimpfung möchte sich die Regierung aber doch nicht durchringen, denn dann würde man auch gesetzlich die volle Haftung für eventuelle Spätschäden übernehmen müssen. Das kann, wie im Falle der schwedischen Impfung gegen die Schweinegrippe (2009) mit zahlreichen erst oft Jahre danach erfolgten Erkrankungen von Jugendlichen an Narkolepsie (plötzliches Einschlafen) sehr teuer werden (Schweden zahlt bis zu einer Million Euro Entschädigung an Betroffene). Bei einer Staatshaftung genügt es auch nicht, wenn kleine Tochterfirmen der Herstellerfirmen in Konkurs gehen, Staaten können dies ja nicht ganz so einfach tun.

Reiserückkehrer bzw. deren Schulkinder und Arbeitspendler treiben wie schon die vorigen Wellen auch diese an, nur diesmal möchte man völlig auf Geschäfts- und Profiteinschränkungen verzichten und folgt vorwiegend dem englischen, aber auch israelischen Modell mit weitgehenden Öffnungen und hofft, im Grunde aber recht fahrlässig, dass die Intensivstationen nicht übergehen.

Das anscheinend vollkommene Fehlmanagement der Pandemiebekämpfung begann schon damit, dass nur die Impfung als einzige Bekämpfungsoption festgesetzt wurde und

dann blitzartig Impfstoffe im Wettlauf der Nationen und der Pharmariesen mit Steuergeld entwickelt wurden und in außerordentlichen Notverfahren bedingt zugelassen wurden und alle anderen Möglichkeiten, wie das Tragen von Masken, Mobilitätsbeschränkungen, insbesondere über Landesgrenzen und ein Verbot von Großveranstaltungen als Geschäftsschädigung abgelehnt oder als lästig und lächerlich dargestellt wurden. Durch diese propagandistischen Aktionen der Politik wurden die ebenso agierenden zumeist rechtsgesteuerten „Querdenker“, „Aluminiumhütler“ und dergleichen Bewegungen erst richtig befeuert und alle Menschen, die eine ernsthafte und demokratische Diskussion einforderten wurden in dieses Eck abgeschoben. Der Bevölkerung wurde suggeriert, dass mit dem „kleinen Stich“ ein „**Schutz vor der Infektion**“ gegeben ist und da man wenig Impfstoff hatte wurden vorab die **Alten und Kranken**, die „**Vulnerablen**“ geschützt. Man ließ sogar den Eindruck entstehen, dass sogar ein „Stich“ schon schützt. Der Unsinn, dass eine Impfung vor einer Infektion bewahrt, wird aber bis heute von Politikern, hohen Juristen, aber sogar Ärzten verbreitet.

**Jede Impfung gibt dem Immunsystem nur die Vorabinformation über einen Erreger, so dass es beim Eintreten der Infektion schneller reagieren kann und so zumeist eine Erkrankung schneller eindämmen oder in abgeschwächter Form verlaufen lassen kann.**

Also infiziert kann man immer werden, erkranken wird man voraussichtlich zumeist kürzer und weniger, aber in dieser Zeit kann man selbstverständlich auch andere geimpfte oder ungeimpfte Menschen anstecken und das Virus mutiert auch bei infizierten Geimpften. Diese Einsicht ist bisher nur bis zum Punkt der geringeren Häufigkeit von schweren Erkrankungen an die Bevölkerung weitervermittelt worden. Um aber das Geschäft anzukurbeln muss man für Geimpfte den

Eindruck erwecken, dass sie privilegiert seien und praktisch alles dürfen und die Ungeimpften dem Genuss dieser Konsumfreuden im Wege stünden. Die Bevölkerung wird in vielen Ländern und auch bei uns auf einen „Freedom Day“ eingestimmt, an dem alle Beschränkungen wegfallen und der durch die sogenannte Herdenimmunität mittels Impfung erreicht wird. Die meisten dieser Befreiungen durch diese Freedom Days wurden mittlerweile wieder aufgehoben (Großbritannien, Israel) und in vielen Ländern steht man davor.

Öl ins Feuer wird dann durch Ideen wie 1G (vielleicht mit den Genesenen 2G) Zugangsprivilegien und die Kostenpflicht für Tests und Selbstbehalte für Krankenhausaufenthalte von Ungeimpften gegossen. Einzig sinnvoll wäre eine 1G Regelung, das heißt nur „Getestete“, auch Geimpfte und Genesene haben Zugang und müssen bei entsprechender Dichte oder in geschlossenen Räumen FFP2-Masken tragen.

**Der Vorteil der Impfung mit den jetzt verfügbaren Impfstoffen liegt in der geringeren Wahrscheinlichkeit sehr schwer zu erkranken – ist ja auch schön, oder?**

Eine 1/2G Regelung für Gäste wurde sogar von der Gastronomie und im Fremdenverkehr goutiert, als aber dann die Forderung kam, dass dies auch für das beschäftigte Personal gelten sollte, kam helle Empörung auf. Man müsste ja dann auf die Impfung des Billigpersonals achten und manche vielleicht sogar bei der Kranken- und Sozialversicherung ordentlich anmelden.

**Impfstoffe: Koste es, was es wolle!**

Die RNA Impfstoffe (Biontech Pfizer und Moderna) werden als **teure** Favoriten gehandelt und in Israel, dem frühen Impfweltmeister mit nunmehr vier bis fünf Mal so hohen Infektionszahlen, bei in etwa gleicher Einwohnerzahl wie Österreich, impft mittlerweile schon an alle die dritte Dosis, da in den Spitälern über 60% vollständig mit zwei Impfungen immunisierte Patienten auch schwer erkrankt behandelt werden (von wegen Freedom Day).



**In Österreich sind offiziell (2.10.2021) 17 Prozent der Patienten auf den Intensivstationen voll geimpft. Sogar 31 Prozent der Menschen auf den Normalstationen im Land sind bereits zweimal gegen Corona immunisiert.**

Der Trend geht in die Richtung israelischer Zahlen. Die ursprünglich ebenso gelobten Vektorimpfstoffe von AstraZeneka und Johnson & Johnson geraten dagegen ins Hintertreffen und dies nicht nur wegen der nur zögerlich akzeptierten Nebenwirkung von Hirnvenenthrombosen für vorwiegend jüngere Frauen. AstraZeneka hat auch den „kapitalistisch schweren Mangel“, dass das Unternehmen erklärte in der Notsituation der Pandemie mit diesem Impfstoff keine Profite anzustreben und ihn fünfmal billiger vermarktete als die m-RNA Impfstoffe. Dies führte dazu, dass die USA noch unter Trump riesige Mengen des Impfstoffes aufkauften und damit die europäische Versorgung verhinderten, ihn aber nicht zur Anwendung in den USA zuließen. Jetzt unter Biden werden vor dem Ablauf der Lagerfrist diese Bestände „großzügig“ an arme Länder gespendet. Es wird nunmehr im politischen Kampf gegen China, Russland und Cuba scheinheilig auch m-RNA Impfstoff gespendet, man weiß aber genau, dass dieser wegen der schwierigen Lagerung (-70°C) und Handhabung in Ländern der Dritten Welt massenhaft nicht einsetzbar ist.

Die Zulassung eines nach der Meinung zahlreicher Experten zur

Bekämpfung der Pandemie unentbehrlichen und höchstwahrscheinlich auch für Kinder sicheren Totimpfstoffes lässt weiter auf sich warten, bzw. wird in den, ja auch zu über 80% von privaten Pharmariesen gesponserten Zulassungsbehörden EMA, WHO usw. nicht gefördert oder vielleicht sogar behindert. Da ein aus abgetöteten Viren gewonnener Totimpfstoff Antikörper gegen bis zu 20 Virusproteine aufbaut ist er auch weniger anfällig durch Änderungen von einzelnen Virusproteinen bei Mutationen in seiner Wirkung ausgehebelt zu werden als die jetzt eingesetzten m-RNA Impfstoffe, die sich nur gegen ein Protein, nämlich das Spikeprotein des Coronavirus richten. Mutationen bei diesem Protein machen die m-RNA Wirkstoffe weniger wirksam oder gänzlich unwirksam.

Die Herstellung eines Totimpfstoffes könnte in zahlreichen „Schwellenländern“ weltweit auch lokal und kostengünstiger erfolgen. China hat einen solchen Totimpfstoff ja auch schon seit längerem zur Zulassung bei der EMA eingereicht und zahlreiche andere sind fertig entwickelt aber man drückt sich um die Zulassung.

Namhafte Wissenschaftler betrachten mit guten Gründen die dzt. nur bedingt zugelassenen, noch im stark verkürzten Teststadium befindlichen Corona-Impfungen als experimentelle, gentechnische Immunprophylaxe mit schon bekannten und weitgehend noch unbekanntem Risiken.

*Fortsetzung nächste Seite*

Doch auch hier findet die wissenschaftliche Diskussion keinen Niederschlag in der Öffentlichkeit. Die „Wissenschaft“ würde eine sachliche Auseinandersetzung ohne finanzielle und machtpolitische Verzerrungen erfordern. Hier wäre ein offener und öffentlicher interdisziplinärer Diskurs von Virologen, Mediziner\*innen, Biologen aber auch Psychologen und Soziologen und Mathematiker\*innen dringend nötig.

### **Impfen von allen gegen alles!**

Schürft man bei manchen Verschwörungstheorien etwas tiefer und lässt die Auswüchse kranker Phantasien weg, kommen Fakten zu Tage, die auch nicht wirklich beruhigend sind.

Schon 2018 und 2019, also deutlich vor der Covid-Pandemie gab es, wie entsprechende Dokumente der EU-Kommission zeigen, eine Impffagenda. So gibt es beispielsweise einen perfekt geplanten Impffahrplan, dessen Ziel routinemäßige **„Impfungen für alle“** heißt. Entwickelt haben diesen Schlachtplan nicht unsere Volksvertreter, sondern eine illustre Gruppe von Damen und Herren der EU-Kommission und der WHO. An der Umsetzung des Plans sind zudem zahlreiche NGOs, private Stiftungen und international agierende Konzerne beteiligt, die alle mit keinerlei Mandat oder Legitimation ausgestattet sind. Gemäß der „Roadmap“ dieser Pläne sollte schon für 2022 ein Impfausweis für alle EU-Bürger ver-

pflichtigend sein. Die Impfstoffstrategie, die **„Impfungen für alle“** ermöglichen will, lief bereits auf Hochtouren, ohne dass der Normalbürger oder möglicherweise sogar die Medien davon auch nur das Geringste ahnten.

Dass das Ganze auch eine globale Angelegenheit werden sollte, darauf weist ein **„Vaccine Confidence Project“** der WHO, EU-Kommission und mehrere Pharmakonzerne hin. Im Rahmen einer Studie soll dieses Projekt weltweit die Stimmung in der Bevölkerung bezüglich der Corona-Pandemie einfangen, und Einstellungen zu Impfungen generell und zu den neuen Covid-19-Impfungen im Besonderen abfragen. Die Aussage von Bill Gates im deutschen Fernsehen, er wolle sieben Milliarden Menschen impfen, macht vor diesem Hintergrund nun auch kommerziell Sinn.

Nebenher läuft noch ein UN-Projekt **„ID2020“** welches das Ziel hat, jeden Erdenbürger (auch den ärmsten) mit einer digitalen Identität mit Hilfe der Blockchain-Technologie zu versehen. Die Gründungsmitglieder der ID2020-Allianz sind die Impfallianz GAVI, die Rockefeller Foundation, Microsoft, Accenture und IDEO ORG. Beim genaueren Hinsehen weisen alle diese Einrichtungen einige Beziehungen zueinander und zu bestimmten Bereichen der Gesundheitsindustrie auf, d.h. sie überschneiden sich deutlich mit den

Initiatoren von **„Impfungen für alle“**. Mit Impfungen sind hier nicht nur Covid-Impfungen gemeint, sondern Impfungen gegen zahlreiche weitere Erkrankungen und es geht damit immer auch eine Erfassung der Personendaten einher. Dies wird von politischer Seite ganz besonders für Migranten gefordert.

Das heißt, alles im Hinblick auf die Impfung und Erfassung der Personendaten war eigentlich schon abseits der Öffentlichkeit geplant und das Impfen gegen alle möglichen Infektionen und auch Diabetes, multiple Sklerose, Rheuma und Krebs schon im Radar und dann ist etwas zu früh die Covid-Pandemie ausgebrochen. Das erklärt so einiges an den oben aufgeführten peinlichen Zwischenfällen. Der schnell fertiggestellte m-RNA Impfstoff wurde durch die Zulassung gepeitscht und soll fortan als einzige Option für **„Impfungen für alle“** dienen und muss auch für die Impfung von Kindern und Schwangeren durchgezogen werden.

### **Fazit: „Alles Impfen“ dient der Profit- und Machtoptimierung von Überreichen und nicht der Gesundheit der Menschen!**

*(Text aus: Aussendung der „Gewerkschafter\*innen gegen Atomenergie und Krieg“, Nr. 3/2021)*

\*

## **Kindergartendemos: Widerstand lohnt sich!**

Über 5.000 Menschen von privaten Kindergärten demonstrierten unter dem Motto **„Es reicht“** Mitte Oktober in Wien für bessere Arbeitsbedingungen, forderten kleinere Gruppen, mehr Personal, bezahlte Vorbereitungszeit und gleichen Lohn. Der Protest fand als öffentliche Betriebsversammlung statt, sodass Kindergärten bis Mittag geschlossen blieben. Zwei Tage später protes-

tierten auch die Beschäftigten der städtischen Kindergärten. Sie fordern ein einheitliches Rahmengesetz für ganz Österreich, weil dzt. Kindergärten Ländersache sind, die Anhebung der Mittel für den elementaren Bildungsbereich auf 1% des BIP oder eine Ausbildungsoffensive gegen den starken Personalmangel.

Wie wichtig öffentlicher Widerstand ist zeigte die Tatsache, dass die Stadt Wien im Vorfeld die Erhöhung von Mitteln ankündigte.

Etwa zur gleichen Zeit wurde bekannt, dass Ex-Kanzler Kurz 2017 ein 1,2 Milliarden Euro Paket für die Kindergärten der rot-schwarzen Regierung 2017 durch Politintrige

auf seinem Weg zum OVP-Obmann zu Fall brachte.



Weil Bezahlung und Arbeitsbedingungen in diesem Bereich so miserabel sind, treten viele Ausgebildete den Beruf gar nicht an oder schmeißen nach kurzer Zeit den Job wieder hin.

Steyr:

# Ende gut, alles gut?



Steyr  
Automotive  
?

Hört man die Aussagen vom neuen Firmeneigentümer Siegfried Wolf – „Keine Kündigungen“ im LKW-Werk Steyr, sah man die Pressekonferenz im Werk von Landeshauptmann Stelzer mit Investor Wolf zur Kurzarbeit knapp vor der oberösterreichischen Landtagswahl (wo war der Landeshauptmann eigentlich die Monate davor?) und berichteten Medien und redeten auch SPÖ und ÖGB davon, dass jetzt das Werk gerettet sei, dann könnte man das als Außenstehender glauben – und soll das auch glauben und zur Tagesordnung übergehen.

## Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer?

Der VW-MAN-Konzern hat Steyr fallen gelassen, weil er in Polen in Zukunft billiger erzeugen will. Ein Standortsicherungsvertrag bis 2030 für Steyr wurde von MAN einseitig bereits 2020 gekündigt. Wäre die Verpflichtung daraus in Kraft getreten, hätte der VW-MAN-Konzern 1,5 bis 2 Milliarden Euro bezahlen müssen. Das wollte MAN-VW um jeden Preis verhindern und schickte Investor Wolf als möglichen neuen Eigentümer des Werkes vor. Wolf ist engstens mit VW verhandelt. Die Übernahme durch Wolf sah nicht nur die Kündigung der Hälfte der Belegschaft und 15% Lohnkürzungen vor, sondern auch den „freiwilligen“ Verzicht der Arbeiter auf ihre Ansprüche aus der Standortsicherung. Dem sollten die Arbeiter in einer Abstimmung auch noch selbst zustimmen. Das lehnten die Steyr-Beschäftigten in einer Urabstimmung mit zwei Drittel Mehrheit ab.

Daraufhin erhöhte VW-MAN, Wolf und die Politik den Druck auf die Steyr-Arbeiter, verkaufte VW-MAN das Werk an Wolf. Die Belegschaft wurde nicht mehr gefragt, eine zweite Niederlage wollte man sich nicht einhandeln.

Statt gemeinsam mit der Belegschaft, mit der breiten Ablehnung der VW-MAN-Wolf-Machenschaften im Rücken zu kämpfen, boten sich SPÖ- und

Gewerkschaftsspitzen, Landesrat, Landeshauptmann und Betriebsratsspitzen als „Vermittler“ an, Wolfs „Konzept“ den Arbeitern als alternativlos schmackhaft zu machen. Das hieß dann „Nachbesserungen“.

Für das bloße Versprechen einer Fortführung des Werkes – jetzt als Steyr Automotive – verlangte Wolf

- massive Lohn- und Gehaltskürzungen
- Kündigung von rund 500 Arbeitern mit Sozialplan, die er aber noch für ein bis zwei Jahre befristet braucht, weil Wolf weiter für MAN produziert – jetzt halt nur viel billiger auf Kosten der Steyr-Arbeiter
- Bis zu 10.000 Euro Prämie für all jene, die einer Änderungskündigung mit Lohn- und Gehaltsverzicht zustimmen und damit auf alle Ansprüche verzichten, die aus der von VW-MAN einseitig gekündigten Standortsicherung und den daraus allenfalls verpflichtenden Kündigungszahlungen (in Summe 1,5 bis 2 Milliarden Euro) entstehen, die Wolf mit allen Rechten und Pflichten bei Kauf des Werkes übernommen hat

Ende September hat Wolf dann verkündet, dass Sozialplan und Änderungskündigungen unter Dach und Fach seien und gleichzeitig zum Start der Steyr Automotive Kurzarbeit angekündigt, beantragt und bewilligt bekommen. Neue Aufträge werden Belegschaft und Medien weiter in Aussicht gestellt, Fix ist noch nichts außer, dass für VW-MAN eben noch ein bis zwei Jahre produziert wird. Was nach 2023 kommt, steht nach wie vor in den Sternen.

Wie wir aus den publik gewordenen Chat-Protokollen des Ex-ÖBAG-Chef Schmid wissen, hat Ex-Kanzler Kurz diesem geschrieben: „Kriegst eh alles was du willst“. Ob und wenn ja, welche Chats es zwischen VW-MAN, ÖGB, PRO-GE, GPA, SPÖ, FPÖ, NEOS und Wolf gab, wissen wir nicht. Aber der Kurz-Freund Wolf könnte nach dem VW-MAN-Deal, nach der

Ausrufung der „Rettung von Steyr“, nach dem Erreichen des „freiwilligen“ Verzichts der Steyr-Arbeiter auf ihre Ansprüche aus dem Standortsicherungsvertrag, an VW-MAN und Kurz geschattet haben: *Vielen Dank, haben alles bekommen, was wir wollten.*

Denn:

**„Der Vertrag zwischen MAN und Wolf ist ein klassischer Fall eines Vertrages zu Lasten Dritter – nämlich der Arbeitnehmer ...**

**... Der große Gewinner ist der VW-Konzern, der nun eine Milliarden-Verbindlichkeit los ist und Wolf nur einen Bruchteil für die Übernahme der Verbindlichkeiten (informell hört man von bis zu 400 Millionen Euro) und zusätzlich das Werk gibt.**

**Zweiter Gewinner ist Wolf, der von VW ein Werk gratis plus einen dreistelligen Millionenbetrag erhält. Er kann auch, wie schon seinerzeit unter Frank Stronach Steyr-Daimler-Puch, nun das MAN-Werk in Steyr filetieren.“**

*(Franz Nauschnigg, bis Mai 2019  
Abteilungsleiter für Integrations-  
angelegenheiten und Internationale  
Finanzorganisationen in der  
Österreichischen Nationalbank/OeNB in  
der Wiener Zeitung, 29. Juli 2021).*

\*

## Eindrücke von unserer Solidaritätsaktion bei MAN-Steyr

**Wir vom „Österreichischen Solidaritätskomitee“ haben im Juli zur Betriebsversammlung im Werk Steyr unser Flugblatt „Wir für Steyr – Solidarität ist unsere Stärke! Widerstand ist unsere Chance!“ verteilt (zu finden auf unserer Homepage [www.prosv.at](http://www.prosv.at)).**

Dabei bemerkten wir neben Zuversicht und Hoffnung auch Zweifel oder gar Resignation.

*Fortsetzung nächste Seite*

Die Betriebsversammlung selbst wurde dann eher als alternativlose Wolf-Show, die die Beschäftigten vor vollendete Tatsachen stellt, abgewickelt. Nach der Versammlung gingen viele wortlos aus dem Werk. Kein Wunder. Viele haben Ausgaben und Schulden, bauen ein Haus, sind auf den Job hier angewiesen. Da ist man dann schon bereit die Krot zu schlucken. Ob man den Einzelvertrag mit dem Verzicht auf alle Ansprüche, einer ungewissen Zukunft für einmalig bis zu 10.000 Euro unterschreiben soll? Da fühlten sich viele alleine gelassen. Die weiteren „Infos“ wurden dann von der Firma verbreitet (Flyer), ohne schriftlichen Kommentar seitens der Belegschaftsvertretung. Danach wurde die Belegschaft in Betriebsurlaub geschickt – und wieder alleine gelassen.

Zuvor haben auch Gewerkschaft und SPÖ – die Blauen, die ÖVP und Wolf selbst sowieso – verbreitet, dass die Steyr-Arbeiter ja auch mit den Lohn- und Gehaltskürzungen eh noch 1/3 über dem Kollektivvertrag liegen und damit auch böses Blut in der Bevölkerung provoziert. Solidarität zwischen Beschäftigten und Bevölkerung erzeugen schaut anders aus.

Als dann, nachdem schon viele unterschrieben hatten, auf einmal Alois Stöger von der PRO-GE verkündete, dass keiner unterschreiben solle, wolle er seine Ansprüche wahren, wirkte das auf viele wie eine Verhöhnung. Zuvor wurde ja eher verbreitet, dass man juristisch kaum Erfolg haben werde und ist auch vom Betriebsrat keine Feststellungsklage eingebracht worden.

Bei Auftritten mancher Belegschaftsführer konnte man mitunter glauben, eher einen Firmensprecher als einen Belegschaftsvertreter vor sich zu haben. Manchmal konnte man den Eindruck gewinnen, dass sich Wolf neben seinem offiziellen Firmensprecher auch die eine oder andere Betriebsratsspitze als Sprachrohr hält. Kein Wunder, dass nicht wenige Arbeiter auf den ÖGB und manche Betriebsräte angefressen sind. In der Belegschaft macht sich Fatalismus, Missgunst und Miss-trauen breit.

Politiker waren auch nur da, als Wahlkampf in Oberösterreich war:

ÖVP-Landeshauptmann Stelzer bei der Wolf-Presskonferenz, bei der Verkündigung der Kurzarbeit, mit der Wolf seine „Steyr Automotive“ startete. Die SPÖ hielt ihren Wahlkampfauftakt am Hauptplatz in Steyr ab.

Wie schon für Covid, fließen jetzt mit der Kurzarbeit wieder Steuergelder an das Werk. Die Arbeiter, die jetzt nur 80% vom (noch MAN-) Lohn bekommen, die sie sich ja über die Steuergeldfinanzierung der Kurzarbeit in Wirklichkeit selbst bezahlen, sollen sich damit gleich auf die dauerhafte Wolf-Gehaltskürzung einstimmen.

---

---

### Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

**Wir sind ein Forum** von Kolleg\*innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das ÖSK finanziert sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist\*innen.

\*

### Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser\*innen und Aktivist\*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

**Mit kollegialen Grüßen, ÖSK-Team**

### ÖSK-Spenden-Konto

**Einzahlungen** mit beiliegendem  
Zahlschein

oder per Überweisung

**Empfänger\*in:** ÖSK /

**Verwendung:** Spende

**IBAN:** AT85 6000 0101 1022

**7626**

**BIC:** BAWAATWW

## 2. Nov. 2021

### DISKUSSIONS- VERANSTALTUNG

19.00 Uhr

Stiftgasse 8, 1070 Wien,  
Amerlinghaus, Erdgeschoß,  
Raum 4

## Steuerreform: Weder ökologisch, noch sozial!

### Welche Wege führen aus der Klimakatastrophe?

Mitten in der Dauerkorruption der Regierenden, im Ausbau des Überwachungsstaates und der Profitwirtschaft, Umbau der Republik in einen autoritären ÖVP-Staat, der nicht bewältigten Corona-Pandemie, verkündete die Regierung eine „ökosoziale“ Steuerreform.

Wie diese weder sozial noch ökologisch ist, noch gegen den Kampf gegen die Klimakatastrophe hilft, sondern weiter nur die Konzerne reicher macht, sowie mögliche Wege aus der Krise und was wir wie dazu tun können, wollen wir an diesem Abend diskutieren.

**Anmeldung unter:**

[oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at)

Es gilt die 3-G-Regel

**Solidarität**  
unsere Chance

Österreichisches Solidaritätskomitee  
[www.prosv.at](http://www.prosv.at)



**Impressum:** Medieninhaber, Druck und Redaktion: „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 188951949